

Antrag

der Fraktion Alternative für Deutschland

Thema: Stärkung der Sächsischen Unternehmen durch Beendigung der
Wirtschaftssanktionen (EU-Embargo) gegen Russland

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen,
dass diese auf eine sofortige Beendigung des im Rahmen der aktuellen Ukraine-
Russland Krise beschlossenen EU-Embargos hinwirkt.

Dresden, 10. November 2014

Dr. Stefan Dreher 
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

b.w.

Eingegangen am: 10. Nov. 2014 Ausgegeben am: 10. Nov. 2014

Begründung:

Mit Inkraftsetzung der dritten Sanktionsstufe zum 1. August 2014 seitens der Europäischen Union sind weitere Maßnahmen gegen die Russische Föderation (Russland) in Kraft gesetzt worden („EU-Verordnung Nummer 833/2014 des Rates vom 31. Juli 2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren“).

Nunmehr sind weitere Waren- und Güter aufgelistet, die nur noch mit vorheriger Genehmigung nach Russland exportiert werden dürfen.

Diese Beschränkungen treffen in erster Linie die ostdeutschen Unternehmen, insbesondere sächsische, und führen bereits jetzt zu erheblichen Umsatz- und Gewinneinbußen. Massive Arbeitsplatzverluste in Sachsen werden die Folge sein, auch weil mit andauernden Sanktionen die bisherigen guten Handelsbeziehungen Sachsens zu Russland durch andere Handelsbeziehungen, die Russland zu konkurrierenden Unternehmen in anderen Ländern (zB in China) während der Embargodauer aufbauen wird, abgelöst sein werden.

Die Sanktionen sind auch nicht sachgerecht, da sie in erster Linie zu einer Verhärtung der Fronten führen und den dringend notwendigen Dialog zur friedlichen Konfliktbeilegung behindern.